

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik  
in Dresden 1932

# Deutschland und die Weltkrise

Im Auftrage des Vereinsvorstandes  
herausgegeben vom Schriftführer

Franz Boese



Duncker & Humblot *reprints*

**Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik  
in Dresden 28. und 29. September 1932**

SCHRIFTEN  
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK  
187

---

Verhandlungen  
des Vereins für Sozialpolitik  
in Dresden  
28. und 29. September 1932

Im Auftrage des Vereinsvorstandes herausgegeben vom  
Schriftführer Dr. Franz Boese



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT  
MÜNCHEN UND LEIPZIG 1932

**Verhandlungen  
des Vereins für Sozialpolitik  
in Dresden 1932**

# **Deutschland und die Weltkrise**

Im Auftrage des Vereinsvorstandes  
herausgegeben vom Schriftführer  
**Dr. Franz Boese**



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT  
MÜNCHEN UND LEIPZIG 1932

**A l l e R e c h t e v o r b e h a l t e n**



**Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg, Thür.**

# Inhaltsverzeichnis

## Erster Verhandlungstag

	Seite
Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Sombart . . . . .	3
Referat von Prof. Dr. Saitzew: <b>Deutschland und die Weltkrise. Industrialisierung und Arbeitslosigkeit</b> . . . . .	15
Referat von Prof. Dr. Colm: <b>Deutschland und die Weltkrise. 1. Die Industrialisierung als Ursache von Gleichgewichtsstörungen</b> . . . . .	36
<b>2. Die Industrialisierung als Ursache der Krisenverschärfung</b> . . . . .	42
<b>3. Die Industrialisierung als Hemmung der Krisenüberwindung</b> . . . . .	47
Aussprache . . . . .	51

## Zweiter Verhandlungstag

Referat von Prof. C. v. Dietze: <b>Die Autarkisierung</b> . . . . .	109
Referat von Prof. Dr. E. Lederer: <b>Die Autarkisierung</b> . . . . .	134
Aussprache . . . . .	158
Geschäftliche Beschlüsse der Mitgliederversammlung . . . . .	221
Verzeichnis der Redner . . . . .	222



## **Erster Verhandlungstag**





**Erster Verhandlungstag**  
**Mittwoch, den 28. September 1932, vormittags 10 Uhr**

**Eröffnung und Begrüßung**

Vorsitzender Geheimer Regierungsrat Professor Dr. **Sombart** (Berlin):

Verehrte Anwesende! Als Vorsitzender des Vereins habe ich die Ehre, die diesjährige Tagung des Vereins für Sozialpolitik zu eröffnen. Ich heiße Sie alle, Gäste wie Mitglieder, herzlichst willkommen.

Meine Damen und Herren! Der Verein hält seit seinem 60jährigen Bestehen, auf das er in diesem Jahre zurückblickt, zum erstenmal seine Generalversammlung in Dresden ab: eine Tatsache, die Erstaunen zu erwecken geeignet ist angesichts der unvergleichlichen Schönheit dieser Stadt und ihrer Lage im Herzen Deutschlands, wie auch angesichts der sprichwörtlichen Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft des sächsischen Volkes. Wer weiß, welche Kobolde hier ihre Hand im Spiel gehabt haben, welche mannigfachen Zufallsgründe dieses Schicksal bestimmt haben! Aber vielleicht, meine Damen und Herren, ist es gar kein Zufall gewesen, vielleicht haben unbekannte Mächte gewaltet, die uns veranlaßt haben, unsere Tagung hier im Sachsenlande bis zu diesem Jahre aufzuschieben, weil wir vielleicht erst in diesem Jahre uns ganz würdig hier vertreten können, weil wir erst in diesem Jahre mit einem Beratungsgegenstand hierselbst erscheinen konnten, der in vollem Umfang dem Interessenkreise unseres industrialisiertesten Landes entspricht. Um an eine solche Fügung zu glauben, müssen wir einen Rückblick auf die Geschichte unseres Vereins werfen, der zugleich dazu dienen soll, weiteren Kreisen von dem Wirken und dem Wesen unseres Vereins Kenntnis zu geben. Ein solcher Rückblick scheint mir aber um so mehr am Platze zu sein, als heute wieder ein Jahrzehnt verflossen ist, wir wieder ein Jubiläum feiern, und als der Verein in den 10 Jahren, die seit dem letzten Jubiläum, seit dem 50jährigen Bestehen verflossen sind, eine Reihe von Wandlungen erlebt hat, die sein Geschichtsbild heute ganz anders erscheinen lassen, als es vor 10 Jahren erschien, als zum letztenmal die Summe seines Wirkens gezogen wurde.

Als der Verein für Sozialpolitik vor 60 Jahren ins Leben trat, stand im Mittelpunkte der sozialen Problematik, ja war vielleicht das einzige

aktuelle soziale Problem in Deutschland, die sogenannte Arbeiterfrage, genauer Lohnarbeiterfrage, genauer Fabrikarbeiterfrage. Diese trug in dem ökonomisch noch unentwickelten Lande, das eben die Schwelle des Hochkapitalismus überschritten hatte, ein wesentlich ethisch-humanitäres Gepräge. Die Verbesserung des Loses der Arbeiter wurde von wohlwollenden Arbeiterfreunden als sittliche Forderung aufgestellt und mit sittlichen Mitteln herbeizuführen versucht. An den Staat dachte man höchstens als Förderer dieser humanitären Bestrebungen. In diesem Geiste betätigte sich auch der Verein für Sozialpolitik in seinen Anfängen. Er verlieh der Arbeiterschaft, die selbst noch stumm war, seine Stimme. Das Ziel, das er sich steckte, hat sein damaliger Vorsitzender auf einer Tagung wie folgt ausgesprochen:

„dafür zu sorgen, wie wir die bis jetzt von unseren Kulturgütern ausgeschlossen Klassen derselben möglichst teilhaftig machen, wie wir sie heranziehen zu den Gütern des geistigen und des wirtschaftlichen Lebens, die den gebildeten Klassen unseres Volkes eigen sind“.

Und als das wichtigste Kampfmittel hatte Schmoller selbst in seiner Eröffnungsrede das „sittliche Pathos“ bezeichnet.

Bald nach der Gründung des Vereins änderten sich jedoch die Dinge. Wie ein Blitz schlug das Sozialistengesetz ein, und wie ein Blitz beleuchtete es die vollständig veränderte Lage. Bald war der Boden der Arbeiterfrage in ein Schlachtfeld verwandelt, auf dem die beiden Gegner selbst in immer stärkeren Formationen sich gegenüberstanden, um die Macht und die Geltung im Staate kämpften, häufig mit der Tendenz, im absoluten Klassenkampf die Bande des Staates zu sprengen. Die Arbeiterfrage war damit aus einem ethisch-humanitären Problem ein politisches geworden; auf ihr idyllisches Zeitalter war fast unmittelbar ihr heroisches Zeitalter gefolgt.

Ungefähr gleichzeitig mit der Politisierung der Arbeiterfrage erwachten aber auch in Deutschland die Interessenten überall, und die soziale Problematik dehnte sich über die gesamte Bevölkerung, bäuerliche, gewerbliche, handeltreibende aus und fand in erbitterten Interessentenkämpfen ihren Ausdruck. Die soziale Frage wurde totalisiert, das heißt sie wurde die allgemeine Frage nach dem Neben- und Gegen- und Miteinander der sozialen Gruppen und der daraus sich ergebenden politischen Probleme.

Diesem Wandel der Dinge hat nun der Verein für Sozialpolitik Rechnung getragen, zunächst dadurch, daß er entsprechend der Totalisierung des sozialen Problems den Begriff der Sozialpolitik in dem einzig richtigen weiteren Sinne einer allgemeinen Gesellschaftspolitik gefaßt und demgemäß alle staatlich-gesellschaftlichen Probleme in den Kreis seiner

Interessen gezogen hat. Er hat aber auch versucht, dem Wandel der Dinge insofern gerecht zu werden, als er seine Einstellung zu den Problemen änderte. Hätte er wie in seinem Beginn weitere Programme und Forderungen zugunsten einer der kämpfenden Parteien aufgestellt, so wäre er nach erfolgter Politisierung der sozialen Frage zu einem Interessentenverband neben vielen anderen geworden. Er verzichtete jedoch darauf, in die politische Arena zu steigen, und zog es vor, ein neutrales Forum der Diskussion abzugeben, auf dem die entgegengesetzten Standpunkte in offener Aussprache zur Geltung gebracht werden konnten und können, damit daraus sich Leitgesichtspunkte für eine dem Gesamtwohl dienende Politik ableiten ließen. Solchen Aussprachen gewährte er als Unterlage die reichhaltigen Studien, die er in seinen Untersuchungs-bänden veröffentlicht. In diesem Verfahren kommt schon die Auffassung zum Ausdruck, die der Verein seit Jahrzehnten vertritt, daß im Mittelpunkt der Erörterungen nicht die Frage nach dem ethisch-humanitär Wünschenswerten, als vielmehr das Problem der ökonomischen und staatlichen Notwendigkeiten stehen müsse.

Was sich nun aber, meine Damen und Herren, wie mir scheint, erst in den letzten 10 oder 12 Jahren innerhalb der Auffassung, die den Verein für Sozialpolitik beseelt, vollzogen hat, ist, wie man es nennen könnte, die allmähliche Bewußtwerdung der staatspolitischen und nationalwirtschaftlichen, damit aber auch außenpolitischen Gebundenheit aller Sozialpolitik, ist das Aufkommen der Überzeugung, daß alle Sozialpolitik nur von dem Staate als Ganzem und seinen Beziehungen zu anderen Staaten ihre Orientierung erhalten kann. Diese Auffassung, die wohl erst durch den Krieg zur Herrschaft gelangt ist, kommt zum Ausdruck in zahlreichen Themen der letzten großen Untersuchungen des Vereins, die sich beziehen auf den Anschluß an Österreich, auf die Währung, auf die Zahlungsbilanz, auf die Handelspolitik, auf die Finanzreform und anderes. Sie kommt ebenso zum Ausdruck in der Einstellung vieler ihrer Bearbeiter, die nicht mehr, wie es früher die Regel bildete, vom individualistischen Standpunkt des Konsumenteninteresses aus, sondern von den Staatsnotwendigkeiten aus ihre Betrachtungen anstellten. Sie kommt aber besonders deutlich zum Ausdruck in den Themen, die auf den Tagungen des Vereins in den letzten 10 bis 12 Jahren zur Verhandlung gelangt sind. Ich nenne sie: Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich: 1919, Klassenkampf: 1924 — denn genau besehen war die Diskussion über den Klassenkampf ja nichts anderes, als die Erörterung der Existenzbedingungen des Staates, das heißt also der nationalen Gemeinschaft —, Krisis der Weltwirtschaft: 1926, Wandlungen des Kapitalismus — ebenfalls unter nationalen Gesichtspunkten —: 1928, Deutsche Agrarnot: 1930.